



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Verkehrssicherheit an Schulen

- Antrag der BGI-Stadtratsfraktion vom 13.06.2018 -

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	28.06.2018	Entscheidung

Die BGI-Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung prüft die Einrichtung von Halte- und Parkverbotszonen sowie Geschwindigkeitsbegrenzungen (Tempo 30) zur Optimierung der Verkehrssicherheit vor allen Schulgebäuden im gesamten Stadtgebiet. Im Bedarfsfall werden die Anordnungen auf die Unterrichtszeiten beschränkt (ähnlich wie in der Jahnstraße in Höhe des Christoph-Scheiner-Gymnasiums).
2. Der Verkehrsüberwachungsdienst führt Schwerpunktprüfungen hinsichtlich der Einhaltung der Halte- und Parkverbote vor den Schulen durch.
3. Der Kulturreferent wird mit der Bereitstellung von ausreichend Parkmöglichkeiten und Lieferzonen bei der Planung von neuen Schulstandorten beauftragt. Ziel ist, dass vor allen Schulen auch geeignete Bring- und Abholzonen für die Eltern, die ihre Kinder mit einem PKW zur Schule bringen, zur Verfügung stehen.

Begründung:

Zu Unterrichtsbeginn und –ende blockieren immer öfter bringende oder abholende Eltern mit ihren KFZ den Anfahrtsbereich vor den Schulgebäuden und sorgen dadurch für unübersichtliche und gefährliche Verkehrssituationen. Da sich trotz vielfältiger Appelle und Maßnahmen seitens der Schulen die Gefahrenlage vor den Schulen nicht verändert, sondern eher noch verschärft hat, halten die Antragssteller die Einrichtung von Park- oder Halteverbotszonen vor Schulgebäuden – notfalls begrenzt auf Zeiten von Unterrichtsbeginn und –ende – für unabdingbar. Gleichzeitig ist es jedoch auch zielführend, wenn an den Schulen Bring- und Abholzonen für diese Eltern eingerichtet werden.

Gleichzeitig muss eine regelmäßige Kontrolle der Einhaltung der Park- und Halteverbote gewährleistet sein.

Bei der Planung von neuen Schulstandorten müssen zukünftig durch die ausreichende Ausweisung von Park- und Ladezonen verkehrsgefährdende Situationen bereits im Vorfeld vermieden werden, um die Sicherheit unserer Schüler zu gewährleisten. Denn die Sicherheit unserer Kinder an unseren Schulen sollte höchste Priorität haben.

Beschluss:

Stadtrat vom 28.06.2018

Der Antrag wird weiter behandelt. Das zuständige Referat wird eine Vorlage dazu erstellen.